

P R O T O K O L L
zur Sitzung des Landesschulbeirates vom 15. Juni 2016

Ort: Berliner (Rotes) Rathaus, Raum 219
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:35 Uhr
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1:

Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung/Aktuelles

Der Vorsitzende Herr Körner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Als Gäste sind Kathleen Szakallas und Florian Sczudlo anwesend. Einwände gegen die Anwesenheit der Gäste werden nicht erhoben.

Mitteilungen des Vorsitzenden:

- Tagesordnungspunkt 7 wird gestrichen, da der entsprechende Schulversuch noch nicht schlussgezeichnet ist. Er kommt in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung.
- Ein besonderer Dank gilt den Mitgliedern der Foren „Inklusion“ und „Bauen“, die an den beiden stattgefundenen Veranstaltungen teilgenommen haben.
- Protokolle März, April und Mai sind noch in der Zeichnung.
- Schwerpunkte der Julisitzung werden der Schulversuch und eine Anhörung sein.
- Es stehen 2 Fachsitzungen an. Einmal am 29.06.2016 das Fachgespräch mit der FDP und dann noch am 14.09.2016 ein Fachgespräch mit Herrn Gabbei zu den Zumesungsrichtlinien.
- Am 21.09.2016 ist ein Gespräch des Vorstandes mit den Bezirksschulbeiräten geplant.
- Die Tagesordnung wird mit Streichung des Punktes 7 angenommen.

TOP 2:

Berliner Schulbau — Aktueller Stand, Perspektiven, Planungen

Referent: Staatssekretär Herr Mark Rackles

Herr Körner begrüßt Herrn Rackles und dankt für sein Kommen.

Herr Rackles schildert kurz die politische Situation zum Thema Schulbau/Schulsanierung derzeit. Das ganze Thema Schulbau/Schulsanierung umfasst perspektivisch einen Prozess von ca. 10 bis 15 Jahren und sollte - mit einem entsprechenden Vertrauensvorschuss - positiv begleitet werden.

Der Handlungsrahmen der Senatorin stellt einen Rahmen dar, der alle Prozesse zusammenzieht. Der Sanierungsbedarf aller Bezirke soll bis Ende Juni 2016 vorliegen und wird dann publiziert. Hierbei wird es sich um Rohdaten handeln. Aus diesen Daten wird es eine Priorisierung für 2017 geben und die entsprechenden SSP-Mittel fließen.

Im Oktober 2016 werden dann die haushaltsfähigen Daten für den kommenden Finanzplan angemeldet.

Des Weiteren wird die bestehende Datenbank für die berufsbildenden Schulen so angepasst, dass der Sanierungsbedarf an allen Schulen dargestellt werden kann. Entsprechende Finanzmittel sind von der SenBJW bereits angemeldet worden. Diese Programmierung ist für das 2. Halbjahr 2016 geplant. Die Einpflegung der Daten erfolgt dann in 2017.

Für den Bereich Schulbau sind die Gespräche mit allen Bezirken nun erfolgt. Es ist jetzt bekannt, dass es nicht nur 33.000 neue Schülerinnen und Schüler geben wird, sondern ca. 86.000. Damit ergibt sich ein mindestens doppelt so hoher Schulbaubedarf.

In einigen Bezirken sind derzeit keine freien Liegenschaften für einen Neubau vorhanden, um alle Züge aufzulösen. Hier müssen diese Bezirke von sich aus neue Liegenschaften suchen, und dies nicht mehr nur aus dem öffentlichen Bestand. Dieser ist so gut wie ausgeschöpft.

Mit allen an einem Schulbau Beteiligten wird eine Facharbeitsgruppe Schulraumqualität im Sommer eingerichtet. Vertreter aller Gremien sollen daran beteiligt sein. Diese Facharbeitsgruppe wird so organisiert, dass sie auch über die Wahlen hinaus arbeitsfähig ist.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird es mit dem neuen Senat einen Nachtragshaushalt geben, da die zusätzlich benötigten Mittel noch in 2017 benötigt werden.

Alle erforderlichen Maßnahmen werden von einer Task Force Schulbau gesteuert, die von Herrn Rackles geleitet wird. In dieser Task Force sind SenBJW, SenFin, SenStadtUm, 2 Staatssekretäre und 2 Bezirke vertreten.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet:

- Herr Rackles erläutert noch einmal kurz, wie der Verlauf des Schulneubaus sich in den letzten Jahren dargestellt hat (erst sinkende, dann steigende Schülerzahlen). Er stellt auch dar, dass sich der Regierende Bürgermeister und auch der derzeitige Finanzsenator der Schulbauproblematik sehr bewusst sind und diese auch priorisieren.
- Erwerb von Liegenschaften soll nicht aus den Bezirkshaushalten, sondern aus dem Landesetat finanziert werden. Finanziell und auch personell ist dies durch die Bezirke nicht zu realisieren.
- Senat erstellt nur eine Richtfrequenz bei Schülerzahlen. Die Bezirke können eigenständig entscheiden, ob sie kurzfristig von 25 auf 24 senken können.

Top 3:

Wahljahr 2016 — Parteien stellen ihre Vorhaben im Bereich Bildung vor Bündnis 90/Die Grünen — Frau Stefanie Remlinger (MdB)

Frau Bettina Jarasch als Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen ist ebenfalls anwesend und wird ebenso wie Frau Remlinger von Herrn Körner begrüßt.

Auch bei Bündnis 90/Die Grünen ist der Schulbau ein Topthema.

Berlin befindet sich in einer Situation, in der erst einmal die Grundlagen wieder gesichert werden müssen. Alle Schüler müssen einen Schulplatz haben und von Fachkräften unterrichtet werden. Hierzu muss es radikale Reformen geben. Es muss schneller gebaut werden, hierzu muss die Investitionsquote erhöht werden. Insgesamt müssen neue Konzepte und Strukturen erarbeitet werden.

Der Fachkräftemangel muss dringend abgebaut und Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger noch besser unterstützt und fortgebildet werden. Die Grundschule soll aufgewertet werden. Grundschullehrkräfte sollen genauso bezahlt werden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an den Oberschulen. Und dies soll nicht nur für Neueinsteiger gelten. Mit entsprechender Weiterbildung der Lehrkräfte sollen auch bereits unterrichtende Grundschullehrer besser bezahlt werden. Grundsätzlich gilt, dass auf Grundschulen ein besonderer Focus liegen muss, da hier die Grundlagen für die Bildung der Schülerinnen und Schüler gelegt werden.

Dazu zählt auch, dass der Beruf des Grundschullehrers attraktiver gestaltet werden muss. Mit den Hochschulen sollen Gespräche stattfinden, um die Kapazität der Studienplätze auch dauerhaft zu erhöhen. Hierzu muss es einen Steuerungsmechanismus geben, der den tatsächlichen Bedarf mit dem prognostizierten Bedarf abgleicht.

Ebenso wichtig ist der Ganzttag an Berliner Schulen. Hier werden deutlich mehr Erzieherinnen und Erzieher benötigt. Dazu würden wohl zwei neue OSZ's benötigt, um genügend Fachkräfte auszubilden. An den Ganzttagsschulen soll Teamzeit verstärkt werden, damit alle Beteiligten sich an der Schulentwicklung beteiligen können. Die Bedarfsprüfung muss abgeschafft werden. Alle Eltern haben Anspruch auf einen qualitativ hochwertigen Ganzttag.

Ein besonderes Augenmerk gilt auch der Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher in die Berliner Schulen. Diese sollen nicht nur in Regelklassen an sogenannten Problemschulen aufgenommen werden, sondern auch an stark nachgefragten Schulen. Hierzu muss mit einer entsprechenden Gesetzesänderung eine Möglichkeit geschaffen werden, Plätze an Schulen für Flüchtlinge freizuhalten.

Schulen mit Willkommensklassen brauchen auch mehr Unterstützung.

Das Modell der Gemeinschaftsschule soll in das Schulgesetz aufgenommen werden.

Die individuelle Begabungsförderung soll auch an Gymnasien ebenfalls gestärkt werden. Keine Eliten- aber Begabungsförderung.

Die politische Bildung muss weiter gefördert werden. Aufgrund der Studentafel ist ein Einzel-fach wohl nicht realistisch, daher muss die politische Bildung übergreifend behandelt werden. Hierzu sollten Möglichkeiten innerhalb des Fachs Gesellschaftswissenschaft geprüft werden.

Bei der Gewaltprävention wird auf Hausmeister und Präsenz vor Ort gesetzt. Für den Bereich Mobbing zum Beispiel werden gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern Hausregeln bzw. Hausordnungen erarbeitet. An diese hat sich ausnahmslos jeder zu halten. Schüler wie Lehrer. Gewaltbeauftragte sollen ebenso an Schulen arbeiten.

Wichtig ist ebenfalls die Medienbildung an den Schulen. Ein aufgeklärter Umgang mit digitalisierten Medien ist unabdingbar.

Inklusive Schule ist die Schule der Zukunft. Hier muss stetig dran gearbeitet werden.

Wobei sich Inklusion nicht nur auf den Bereich des sonderpädagogischen Förderbedarfs bezieht, sondern auch auf die Begabtenförderung zum Beispiel.

Als Erfolg sieht die Partei das Vorantreiben von wichtigen Bildungsfragen u.a. auch durch stetige aktuelle Fragen. Hierbei gilt dies insbesondere für die Schulsanierung und den Schulneubau.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet:

- Möglichkeit Politische Bildung als Wahlschulfach prüfen bzw. stärker fächerübergreifend zu arbeiten. Insbesondere der Geschichtsunterricht bietet sich hierzu an.
- Ganzttag muss ausgebaut werden. Schulen die sich dazu entschließen bekommen die Unterstützung. Auch an den Gymnasien soll Ganzttag möglich sein.
- Zielvereinbarungen mit Gymnasien abschließen. So sind zum Beispiel bei individueller Förderung auch zusätzliche Mittel möglich. Langfristig soll das Probejahr und das „Sitzenbleiben“ an Gymnasien nicht mehr notwendig sein.
- Bis 2025 muss es ca. 1,5 Mrd. Euro zusätzliche Mittel für den Schulbau geben. Hierzu ist eine Erhöhung der Investitionsquote notwendig.
- Es soll möglichst keine Neuverschuldung geben.
- Verbeamtung hat keine Priorität.
- Trotz auftretender Probleme ist die Jugendberufsagentur ein wichtiger Schritt.
- Keine Einführung von Landesbetrieben zum Schulneubau, Sanierung und Betrieb
- Schulgebäude sind in der Verantwortung der Bezirke. Mehrere Bezirke teilen sich einen Schulgebäudedienstleister der verwaltet, modernisiert, instand setzt und neu baut.
- Bei der Finanzierung privater Schulen können durchaus Schulen besser gestellt werden, die mehr Inhalte anbieten (z. Bsp. inklusiv arbeiten, Willkommensklassen anbieten)
- Die Gremiumsvertretung der freien Schulen ist derzeit auf Landesebene ungeklärt. Nimmt Frau Remlinger aber als Aufgabenstellung gerne mit.

- Der Beschluss des LSA zur zusätzlichen Unterrichtsstunde Politik wird wohlwollend aufgenommen und der Wunsch an sich auch unterstützt. Zweifel hat man seitens der Partei doch eher an der Möglichkeit einer kurzfristigen Umsetzung.
- Eine zeitliche Priorisierung der bildungspolitischen Ziele ist zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht möglich.
- Eine Angleichung der Beamtenbesoldung an das Bundesniveau wird noch vor 2020 für möglich gehalten.
-

Herr Körner dankt beiden Damen nochmals für ihr Kommen. Wenn weitere Fragen an Bündnis 90/Die Grünen vorliegen bzw. wenn noch etwas tiefer erläutert werden soll, dann bitte die Fragen über die Geschäftsstelle einreichen.

TOP 4: **Fragen des Landesschulbeirates zu aktuellen Themen**

Die schriftlichen Antworten zu den Fragen 14-16 und 20-16 sind der *Anlage 1* zu entnehmen.

Herr Kiefer bemängelt die Antwort zu der Frage 15-16. Er bittet den Vorstand, dies schriftlich der Senatsverwaltung mitzuteilen.

TOP 5: **Berichte der Schülerinnen und Schüler**

Der LSA hat mit Frau Lu Maywald eine neue Innenreferentin und mit Herrn Franz Kloth einen neuen Pressesprecher. Diese werden sich demnächst auch persönlich vorstellen.

Das Positionspapier der Bundesschülerkonferenz liegt nun vor.

Die nächste BSK findet vom 23. bis 25.09.2016 in Cottbus statt. Gäste sind jederzeit willkommen.

Um vorherige Anmeldung wird gebeten.

Innerhalb des LSA wurden sich Gedanken zu einfachen Kommunikationswegen gemacht. Hierzu wird es demnächst eine Präsentation im LSA geben.

Der BSA Pankow hat einen Beschluss zum Thema flächendeckende Versorgung mit Schulsozialarbeitern an allen Schulen getroffen. Grundsätzlich funktioniert die Arbeit im BSA Pankow sehr gut.

TOP 6: **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 7: **Schulversuch „Gemeinsame individualisierte gymnasiale Oberstufe der Wilhelm-von-Humboldt-Schule und der Elinor-Ostrom-Schule“** **Referenten: Herr Gernoth Schmidt und Frau Sigrid Baumgardt (SenBJW)**

Vertagt in die nächste Sitzung am 06.07.2016.

TOP 8:

Anhörung zur Änderung der AV Schulbesuchspflicht

Referent: Frau Nadja von Bernuth (SenBJW)

Frau von Bernuth erläutert die Änderung. Sechs einzelne unentschuldigte Fehlstunden werden nun wie ein unentschuldigter Fehltag gewertet.

Sie beantwortet die Fragen der Mitglieder und nimmt zu Hinweisen und Äußerungen innerhalb einer regen Diskussion Stellung. Herr Körner wird zu dieser Änderung der AV eine Stellungnahme des LSB erarbeiten. Die Ergebnisse der Diskussion werden dort einfließen.

Es wird angedacht, in eine der kommenden Sitzungen ein Mitglied aus der AG Schuldistanz zu diesem Thema einzuladen.

TOP 9:

Verschiedenes

Herr Peiritsch bittet darum, dass die Mitglieder sich bis zur nächsten Sitzung mit der beschlossenen Resolution der Berliner Elternschaft 2.0 zur >Baustelle Inklusive Schule< beschäftigen. In der kommenden Sitzung wird es dazu dann einen Antrag zur Unterstützung dieser Resolution geben. Das Dokument wird den Mitgliedern per Mail zur Verfügung gestellt.

Herr Kiefer bittet darum, Herrn Blume in die kommende Sitzung einzuladen. Zum Thema Lehrkräfteausstattung für das kommende Schuljahr gibt es noch einige Unstimmigkeiten.

Herr Heckel berichtet kurz über die Veranstaltung „Wir müssen miteinander reden“. (Anlage 2)

Herr Körner schließt die Sitzung und dankt den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit.

Frank Körner
(Vorsitzender)

Andrea Schreiber
(Protokollantin)